

Bezahlbares Wohnen in Hamburg

5

„Hamburg muss den Ehrgeiz haben, die große europäische Metropole zu sein, die wächst und in der das Leben dennoch bezahlbar bleibt.“

Eine Frage der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts:

Bezahlbares Wohnen in Hamburg

- 10 Hamburg ist eine wachsende Metropole. Ihr wirtschaftlicher Erfolg und ihr guter Ruf als lebenswerte Stadt am Wasser sorgen für einen steten Zugewinn neuer Einwohnerinnen und Einwohner. Sie kommen, um hier eine Ausbildung zu machen oder sich beruflichen weiterzuentwickeln. Vielen von ihnen verbindet Ihren Neustart in Hamburg mit der Hoffnung, hier ihr Glück zu finden.
- 15 Hamburg wird von Hamburgerinnen und Hamburgern – den Alteingesessenen wie den Neuen auf ganz vielfältige Weise ständig bereichert. **Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass sich die Hoffnung auf ein gutes Leben in der Stadt auch in Zukunft erfüllen kann, ist bezahlbarer Wohnraum.**

- 20 Denn bei allen Vorteilen von städtischem Wachstum müssen wir feststellen, dass die Wohnkosten in fast allen erfolgreichen Metropolen steigen – mancherorts drastisch. In London, Paris oder Stockholm mussten Einwohnerinnen und Einwohner mit normalem Einkommen erleben, dass sie sich das Wohnen in ihrer Stadt nicht mehr leisten konnten.

- 25 Dazu darf es in Hamburg nicht kommen. Wer in Hamburg arbeitet und in Hamburg wohnen möchte, soll das auch können. Das ist nicht nur eine Frage des sozialen Zusammenhalts, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit: **Diejenigen, die durch ihre Arbeit zum Wohlstand und Erfolg der Stadt beitragen oder beigetragen haben, müssen auch in ihr wohnen können.** Der scheinbar unausweichliche Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg einer Stadt und rasant steigenden Wohnkosten, kann und muss von uns durch vorausschauende Stadtplanung überwunden werden.

- 30 **Wir sind überzeugt davon, dass die Frage nach bezahlbarem Wohnraum eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit ist.** Darum gehört dieses Thema seit der Regierungsübernahme der SPD in Hamburg 2011 zu den Schwerpunkten von Senat und Bürgerschaftsfraktion. **Am Umgang mit dem Thema Wohnungsbau werden sich für Hamburg Zukunftsfragen entscheiden: Fragen der Gerechtigkeit, des gesellschaftlichen**
- 35 **Zusammenhalts, Fragen der Stadtkultur und des sozialen Miteinanders.**

Eine starke, attraktive und wachsende Stadt

Hamburg ist die zweitgrößte Stadt Deutschlands und wächst jährlich um mehr als 10.000 Bewohner. Für 2030 werden mindestens 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner prognostiziert, vielleicht werden es auch zwei Millionen.

40 Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland bietet Hamburg vielfältige Chancen für ein gutes Leben.

Nicht nur als Deutschlands größter Hafen- und Logistikstandort, sondern auch als bedeutender Standort der Luftfahrtindustrie, der verarbeitenden Industrie, als Medienstandort, als Windkraft-Hauptstadt Europas und als Wissenschaftsmetropole zieht Hamburg Familien
45 und Singles, junge Menschen in Ausbildung und Senioren an. Das Ergebnis ist eine wirtschaftlich prosperierende, soziale, sichere und städtebaulich attraktive Stadt, in der auch die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten Jahren auf 1,2 Millionen Erwerbstätige deutlich gewachsen ist.

Diese gesellschaftliche Wanderungsbewegung sowie zusätzlich strukturelle und demographische Entwicklungen wie der Trend zu mehr Ein-Personen-Haushalten (in
50 Hamburg rund 54 %) sowie mehr Wohnflächenbedarfe pro Person verstärken die Nachfrage nach immer mehr Wohnungen.

Mit dem Bevölkerungswachstum verbunden sind seit jeher wirtschaftlicher Wohlstand sowie die stetige Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur.

55 Hamburg wurde im Laufe seiner Geschichte und wird auch heute durch den Zuzug vielfältiger und attraktiver.

Damit alle Hamburgerinnen und Hamburger davon profitieren, ist es Aufgabe sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik, das Wachstum vernünftig, vorausschauend und sozial zu gestalten. **Die politischen Fehler, die in anderen wirtschaftlich erfolgreichen
60 Metropolen dazu geführt haben, dass Einwohner mit normalem Einkommen ins Umland verdrängt wurden, dürfen sich hier nicht wiederholen.**

Herausforderungen an eine Stadt für alle

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eine der bedeutendsten sozialen Fragen in Hamburg. Sie wird zunehmend auch eine Frage von gesellschaftlichem Zusammenhalt und
65 von Gerechtigkeit.

Wohnen - ein Thema der sozialen Gerechtigkeit

Hamburgerinnen und Hamburgern haben eine überdurchschnittliche Verbundenheit zu ihrer Stadt. Wer hier arbeitet und hier leben will, muss hier auch wohnen können. Es wäre zutiefst ungerecht, wenn die Höhe der Mieten das verhindern würde.

70 In vielen erfolgreichen Metropolen Europas und der Welt ist aber genau diese Ungerechtigkeit Realität geworden.

Die soziale Frage: Genug bezahlbarer Wohnraum

Seitdem die SPD wieder in Hamburg regiert, werden endlich wieder geförderte Wohnungen gebaut. Im Zusammenhang mit dem „Bündnis für das Wohnen“ zwischen der Stadt und der

75 Wohnungswirtschaft sowie mit dem „Vertrag für Hamburg“, als verbindlicher Vereinbarung mit den Bezirken, ist es auch gelungen, den Wohnungsbau insgesamt voranzubringen, so dass auch zahlreiche freifinanzierte Mietwohnungen neu dazugekommen sind. Der Kern der Erfolge in den letzten sechs Jahren gründet in der Zusammenarbeit im Bündnis für das Wohnen.

80 Mehr als 50% des Gesamtbestandes an Mietwohnungen in Hamburg weisen eine Miete von maximal 8,- € pro Quadratmeter/netto-kalt aus, d.h. sie befinden sich in einem Preisbereich, der auch für Mieterinnen und Mieter mit normalen und niedrigen Gehältern finanzierbar ist. Durch die Höhe der Bau- und Grundstückskosten befindet sich aber der Mietpreis bei einer nicht geförderten Neubauwohnung derzeit eher im Bereich zwischen 12 und 14 € pro qm. Die
85 Aufgabe besteht also darin, einen Weg zu finden, die Bau- und Planungskosten bei Neubauprojekten so zu reduzieren, dass auch frei finanzierte Neubauwohnungen für normal Verdienende erschwinglich werden.

Dieser Aufgabe stellen wir uns. Wir werden das Konzept des seriellen Bauens politisch fördern und Modellvorhaben umsetzen, um den Beweis anzutreten, dass kostengünstiger,
90 hochwertiger Neubau möglich ist. Außerdem werden wir sorgfältig nach Wegen suchen, das Baurecht so zu verändern, dass qualitativ hochwertiges und zugleich kostengünstiges Bauen möglich wird.

Beide Maßnahmen sollen schon mittelfristig die Entstehungskosten von Wohnraum senken und damit vor allem denjenigen zugutekommen, die dank ihres Einkommens keinen Zugang
95 zu einer geförderten Wohnung haben, sich aber die teilweise sehr hohen Mieten auf dem freien Markt nicht leisten können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Mischung

Es geht uns nicht allein um das „wie viel“ und „wie teuer“ beim Wohnungsbau, sondern auch um das wo und wie. Mit unserem öffentlich geförderten Wohnungsbau wollen wir eine gute
100 Mischung von unterschiedlichen Wohnformen und Wohntypologien in allen Stadtteilen möglich machen.

In ganz Hamburg streben wir dabei weiterhin den erfolgreichen Drittmix aus einem Drittel geförderten Mietwohnungen (Sozialwohnungen), einem Drittel frei finanzierten
105 Mietwohnungen und bis zu einem Drittel Eigentum an. Dieser Mix ist uns wichtig, weil er die soziale Mischung eines Stadtteils fördert und dabei hilft, städtebauliche Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Außerdem ist es unser Ziel, Wohnen und Gewerbe verstärkt zusammenzuführen, denn gemischte Wohn-/Gewerbegebiete verkürzen die Wege der Beschäftigten zur Arbeitsstätte, sie beleben die Quartiere und kommen auch der Umwelt zugute.

110 Auf Initiative von Hamburg ist in diesem Sinn der neue Quartierstyp Urbanes Gebiet auf Bundesebene geschaffen worden. Dieses ist ein erster wichtiger Schritt für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer innerstädtischen Stadtteile und die stärkere Verzahnung von Wohnen und Arbeiten in innerstädtischen bisher rein gewerbeorientierten Gebieten.

Die Entwicklung der Infrastruktur mitdenken

115 Mit der Bevölkerungszahl steigt auch der Anspruch an die **Infrastruktur**. Dabei werden wir die veränderten Mobilitätsanforderungen berücksichtigen.

Eine Schlüsselfrage für die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt bleibt die Frage nach einem Zugang zu guten **Kitas, Schulen und Hochschulen** unabhängig von Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Alle diese Bildungsstätten müssen daher bei der Flächenplanung in den
120 Stadtteilen bedacht und eingeplant werden.

Hamburg ist nicht zuletzt durch bewusste Entscheidungen vorausschauender Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die **grüne Metropole am Wasser**. Auch wenn Hamburg weiter wächst, soll dies so bleiben. Zugunsten der vorhandenen Flächen wollen wir uns deswegen bei der Planung von Neubauten in der Höhe an den attraktiven Quartieren der
125 Gründerzeit orientieren, anstatt an vielen Orten zahlreiche niedrige Gebäude zu entwickeln. Dabei verbinden wir den Wohnungsbau auch mit einem Ausbau bzw. einer Verbesserung der Freizeit-, Sport- und Grünflächen sowie der Schutzgebiete für die Tier- und Pflanzenwelt. So haben wir in Hamburg Naturschutzgebiete mit einem Flächenanteil von 9 % des Stadtgebietes, das ist knapp das Vierfache von anderen Großstädten, wie z.B. Berlin und
130 München. Der Bestand der Grünanlagen beträgt seit Jahren unverändert rund 3.300 ha.

Die **Digitalisierung** der Städte unter dem Stichwort „Smart City“ wird auch das Leben in Hamburg in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verändern. Mit vernetzten Angeboten der Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger und einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur für den Wirtschafts-, Wissens- und Wohnstandort Hamburg, werden wir die großen Chancen der
135 Digitalisierung aktiv aufgreifen.

Innenentwicklung und Stadterweiterung

Hamburg wird seinen grünen Charakter mit seinen vielen Grünanlagen, Parks und Wasserflächen behalten. Priorität der Neubautätigkeit wird auch weiterhin in der behutsamen Nachverdichtung im Stadtinneren unter dem Motto „Mehr Stadt in der Stadt“ liegen. Wir
140 wollen kompakte Stadtviertel mit einer flexiblen Nutzungsmischung und einer höheren baulichen Dichte. Bei Nachverdichtungen im Bestand und der Weiterentwicklung von Quartieren ist für uns natürlich ganz klar: Wir werden weiterhin für gute Wohn- und Freiraumqualitäten sorgen.

Die jüngst beschlossenen Quartiersentwicklungen in Wilhelmsburg oder im Zusammenhang mit dem Bau des A7-Deckels mit tausenden neuen Wohnungen sind beispielhaft für große
145 Projekte. Die Entwicklung im Hamburger Osten („Stromaufwärts an Elbe und Bille“) wollen wir noch aktiver vorantreiben.

Die Innenentwicklung hat daher zu Recht Priorität, sie kann aber den enormen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum nicht alleine decken. Daher werden wir aber auch „mehr Stadt an
150 neuen Orten“ entwickeln und zum Beispiel in Oberbillwerder, in Öjendorf oder in den Fischbeker Reethen neue Flächen für den Wohnungsbau erschließen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre in Hamburg und anderen Wachstumsregionen Europas zeigen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger ganz bewusst für das Leben in und nicht außerhalb der Stadt entscheiden. Auch deshalb ist unsere Politik, die darauf setzt, im
155 Stadtgebiet verstärkt Wohnraum zu schaffen, der richtige Weg. Gleichwohl zeigt sich, dass auch in den Landkreisen und Gemeinden um wachsende Großstädte herum verstärkt Wohnungsbau betrieben wird. Für die Metropolregion Hamburg bedeutet dies einen

160 deutlichen Zuwachs an Wohnraum. Hier wollen und müssen wir die Kooperation innerhalb der Metropolregion vertiefen, auch um ggf. den Bedarf neuer länderübergreifender Infrastrukturprojekte frühzeitig zu erkennen.

165 Ob nachhaltige Innenentwicklung oder Stadterweiterung: Hamburgerinnen und Hamburger sehen grundsätzlich die Notwendigkeit des Handelns. Bei der Umsetzung konkreter Projekte vor Ort muss es daher darum gehen, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in den Entwicklungsprozess mit einzubeziehen. Wir wollen entsprechende Instrumente der Bürgerbeteiligung z.B. im Rahmen der Stadtwerkstatt weiter stärken.

Wohnungsbau als Daueraufgabe

Unser Anspruch ist es, dass das Wohnungsangebot in Hamburg zu Mietpreisen erfolgt, die auch Haushalten von geringer Verdienenden sozialverträgliche Optionen bieten. Wohnungen müssen auch mit einem normalen Gehalt bezahlbar sein!

170 Wir haben erkannt, dass Hamburg, um bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können, nicht nur jetzt Wohnungen bauen muss, sondern damit auch nicht wieder aufhören darf.

175 Nach dem jahrelangen Stillstand in der Zeit der CDU-geführte Senate war es daher eines unserer zentralen Versprechen vor der Bürgerschaftswahl 2011, die Rahmenbedingungen für 6.000 Wohneinheiten pro Jahr zu schaffen und dabei auch mindestens 2.000 öffentlich geförderte Wohnungen zu realisieren. Dieses Ziel haben wir nicht nur schon nach vier Jahren übererfüllt. Wir haben in dieser Wahlperiode unsere Zielmarke sogar auf 10.000 Genehmigungen, davon 3.000 öffentlich gefördert, pro Jahr erhöht.

180 Damit es mittelfristig wirklich zu einer Entlastung auf dem Wohnungsmarkt kommt, müssen wir alles daran setzen, dass der Bau von mindestens 10.000 Wohnungen pro Jahr genehmigt wird. Daher ist es wichtig, dass sowohl die Rahmenbedingungen für den sozialen, als auch für den frei finanzierten Wohnungsbau entsprechend fortentwickelt werden. Wir werden im Sinne der Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowohl im sozialen, frei finanzierten Mietwohnungsbau als auch bei Eigentumswohnungen bezahlbare Lösungen unterstützen. Spekulationen und Ausgrenzungen zu Lasten bestimmter Bevölkerungsgruppen werden wir bekämpfen.

Unser Grundanliegen: Bezahlbarer Wohnungsneubau

Wir wollen es schaffen, auch neben dem sozialen Wohnungsbau qualitativ gute und nachhaltige aber bezahlbare Wohnungen zu bauen.

Grundstücksvergabe zur sozialen Stadtentwicklung einsetzen

190 Die Vergabe von städtischen Grundstücken ist ein zentrales Element der Wohnungspolitik. Wir haben dafür gesorgt, dass das so genannte Höchstgebotsverfahren abgeschafft und durch Konzeptvergaben ersetzt wurde. Dadurch können u.a. städtebauliche und wohnungspolitische Ziele besser berücksichtigt werden. Durch die Konzeptvergaben verzichtet Hamburg aus wohnungs- und sozialpolitischen Gründen bewusst darauf, durch Grundstücksverkäufe
195 höchstmögliche Einnahmen zu realisieren. Überwiegend werden bei der Vergabe städtebauliche, architektonische, energetische und soziale Kriterien berücksichtigt.

Offensiver Wohnraumschutz gegen Grundstücksspekulation und Zweckentfremdung

200 Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass durch städtische Entwicklungsplanungen erhebliche
Bodenwertsteigerungen ausgelöst werden bzw. die Gefahr von Grundstücksspekulationen
zulasten bezahlbaren Wohnens oder traditionellen Gewerbes entsteht. Aus Sicht der
Hamburger SPD muss die Stadt bei Bedarf zukünftig noch viel stärker - z.B. durch den Erlass
entsprechender Verordnungen - in die Lage versetzt werden, Grundstücksspekulationen von
vornherein wirksam entgegen zu treten und so städtebauliche Entwicklungen zügiger
205 vorantreiben zu können. So können wir aber auch mit dem Instrumentarium der Sozialen
Erhaltensverordnung, den Umwandlungsverordnungen und den allgemeinen Vorkaufsrechten,
günstigen Wohnraum bewahren und der Verdrängung von ansässigen Bewohnerinnen und
Bewohnern entgegenwirken. Gegenwärtig gibt es in Hamburg Soziale Erhaltungsverordnungen
für neun Gebiete. Davon wurden acht seit 2012 eingerichtet, mit über 125.000
210 Bewohnerinnen und Bewohnern. Für zwei weitere Gebiete mit insgesamt über 71.000
Bewohnerinnen und Bewohnern gibt es bereits weitere Aufstellungsbeschlüsse.

Wir werden aber auch weiterhin aktiv gegen spekulativen Leerstand und gegen andere
rechtswidrige Zweckentfremdungen vorgehen. Gegenwärtig haben wir einen extrem geringen
Wohnungsleerstand von rund 0,6 %, dem in aller Regel Modernisierungsmaßnahmen oder
natürliche Fluktuationen zugrunde liegen. Die Bezirke sollen dazu alle Möglichkeiten des
215 Gesetzes bis hin zu Zwangsmaßnahmen gegen die Vermieterinnen und Vermieter
ausschöpfen. Bislang ist die Meldung von Leerstand dezentral organisiert. Wir fordern in
diesem Zusammenhang eine zentrale Meldestelle für Leerstand, z.B. per online Maske oder
eine einheitliche Emailadresse (etwa leerstand@hamburg.de).

220 **Stabilisierung des Sozialwohnungsbestandes, Ausweitung des städtischen und genossenschaftlichen Wohnungsbestands**

Durch die erheblichen Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und die Vereinbarungen mit
der Wohnungswirtschaft konnten wir erstmals den stetigen Rückgang der Zahl an
Sozialwohnungen stoppen und die Zahl von Wohnungen mit einer Belegungsbindung bei
rund 82.000 stabilisieren. Um dies auch langfristig zu sichern, setzen wir neben dem Neubau
225 geförderter Wohnungen auch auf eine Verlängerung der Belegungs- und Mietpreisbindungen.

Die Wohnungsbaugenossenschaften mit ihren ca. 132.000 Wohnungen in Hamburg bilden
dabei mit der städtischen SAGA mit ebenfalls ca. 132.000 Wohnungen auch zukünftig das
Rückgrat der Hamburger Wohnraumversorgung. Gerade für junge Familien sind bezahlbare
Mieten wichtig, damit diese nicht ins Umland abwandern müssen. Genossenschaften bieten
230 genau diese Sicherheit. Als Hamburger SPD wollen wir daher die Rahmenbedingungen
schaffen, um den Anteil von Genossenschaftswohnungen in unserer Stadt zu steigern. Anders
als die CDU-geführten Vorgängersenate wollen wir den städtischen Wohnungsbestand der
SAGA durch den vermehrten Wohnungsneubau von rund 2.000 Wohnungen pro Jahr weiter
stärken.

235 Wohnungspolitik ist immer auch Sozialpolitik. Das betrifft den Neubau und die
Mietpreisbegrenzung allgemein, aber auch die Schaffung von Wohnraumbindungen im
Besonderen und das Angebot für vordringlich Wohnungssuchende im ganz Speziellen. Wir
haben daher die Anzahl der jährlich neu zu schaffenden Bindungen für vordringlich
Wohnungssuchende auf mindestens 300 Wohnungen erhöht. Damit schaffen wir eine
240 Entlastung für alle, die Hilfe brauchen und eine Wohnung am nötigsten haben.

In der Stadtentwicklung wollen wir durchmischte Quartiere entwickeln. Das betrifft zunächst
den Drittmix aus geförderten und frei finanzierten Mietwohnungen sowie

Eigentumswohnungen. Die Durchmischung betrifft aber auch den Mix aus Jung und Alt. Jede Altersgruppe hat ihre Bedürfnisse, die sich im Wohnungsangebot und in den Quartieren widerspiegeln müssen.

Gerade Familien haben es nicht leicht, ausreichend großen Wohnraum zu finden. Daher ist es richtig, dass wir ein großes Augenmerk auf die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Familien legen. Gleichzeitig werden im schon vorhandenen Wohnungsbestand in einzelnen Fällen größere Wohnungen mit günstigen Mieten von Einzelpersonen bewohnt, die sich wiederum den Umzug in kleinere, z.B. barrierearme Wohnungen vorstellen könnten, um Platz für Familien zu machen. Sie tun es häufig nur deshalb nicht, weil sie keine kleine Wohnung mit günstiger Miete finden. Für diese Problemlage gibt es keine allgemeinen Lösungen. Einzelne Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsunternehmen haben allerdings hierzu Projekte entwickelt, um solche, für allen Beteiligten vorteilhaften Umzüge zu unterstützen. Wir wollen einen solchen Prozess im Dialog mit den Wohnungsunternehmen fördern.

Ebenso wollen wir das „Alt werden im Quartier“ ermöglichen. Das setzt bauliche Anforderungen sowohl an den Wohnraum als auch den öffentlichen Raum sowie die soziale Infrastruktur voraus. Barrierearme, inklusive Quartiere, wie die Mitte Altona, setzen hier Standards und sind Vorbild für die weitere Stadtentwicklung.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Quartiersentwicklung sind langfristig stabile Nachbarschaften. Baugemeinschaften leisten hier einen wertvollen Beitrag, da ihre Mitglieder ein besonderes Engagement für nachbarschaftlichen Zusammenhalt mitbringen und sich häufig auch im Stadtteil gesellschaftlich engagieren. So sind Baugemeinschaften gerade für neue größere Projekte ein stabilisierender Faktor.

Bei der Bundestagswahl geht es auch um die soziale Entwicklung unserer Stadt

Mit der Einführung der Mietpreisbremse im Bund und deren Umsetzung in ganz Hamburg durch die Mietpreisbegrenzungsverordnung sowie durch die Verschärfung der Kappungsgrenzen-Verordnung haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern Grenzen für den Mietanstieg gezogen.

Gleichzeitig setzen wir auch auf den Einsatz direkter Unterstützung im Rahmen des Wohngeldes als einer ausgesprochen wichtigen Leistung des Bundes. Für viele Menschen ist dies ein essentieller Beitrag, um ihre Wohnungen und ihr Leben zu finanzieren. Diese Bundesleistung muss daher regelmäßig der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst und entsprechend erhöht werden.

Allerdings wissen wir, dass die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für ein attraktives Lebensumfeld nicht ausreicht. Zur Qualität von Quartieren gehört für uns daher zwingend auch die soziale Infrastruktur. Diese soziale Stadtentwicklung wollen wir auch weiterhin durch das erfolgreiche Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) stärken und fördern. Dabei nutzen wir weiter unseren bundespolitischen Einfluss, um uns dafür einzusetzen, dass sich auch der Bund weiterhin an dieser wichtigen Aufgabe der Städtebauförderung in angemessener Weise beteiligt.

Auf der Grundlage unserer erfolgreichen städtischen Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik werben wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher bei der anstehenden Bundestagswahl insbesondere auch um die Stimme aller

Mieterinnen und Mieter sowie um die Stimme aller verantwortungsvollen Vermieterinnen und Vermieter. In Hamburg ist der Unterschied zwischen konservativem Stillstand und sozialdemokratischer Verantwortung in der Gestaltung des unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeldes überall sichtbar. Für eine erfolgreiche Fortsetzung benötigen wir eine starke SPD in Hamburg und auch im Bund.